Die Bedeutung des Spargiroverkehrs für den Mittelstand

Innerhalb der vielgestaltigen Einrichtungen, die in der deutschen Volkswirtschaft für die Abwicklung des unbaren Zahlungsverkehrs dienen, nimmt der Spargiroverkehr, die von den Girokassen (außerhalb Sachsens: den Sparkassen) und Girozentralen getragene Zahlungsverkehrsorganisation, eine bedeutende Stellung ein. Gerade im Laufe der letzten Jahre, die durch ein erfreuliches Aufblühen der gesamten Wirtschaft im Zeichen der nationalsozialistischen Führung gekennzeichnet sind, konnte auch der Spargiroverkehr einen erheblichen Aufschwung aufweisen. Kennzeichnend für die immer weitere Ausdehnung dieser verhältnismäßig jungen Zahlungseinrichtung ist die Tatsache, daß zurzeit drei Millionen Kontoinhaber dem Spargiroverkehr angeschlossen sind. Vorwiegend bedienen sich die Schichten der mittelständischen Wirtschaft dieser einfachen, bequemen und billigen Zahlungsweise. Handwerker, Hausbesitzer, Angehörige der freien Berufe, wie Ärzte und Apotheker, und weite Kreise der Beamtenschaft wissen sich die erheblichen praktischen Vorteile, die die Führung eines Spargirokontos bietet, zunutze zu machen. Die drei Millionen Kontoinhaber, die ihre Konten bei insgesamt rund 4000 Girostellen unterhalten, wickeln im Laufe eines Jahres über 200 Millionen Stück Geschäftsvorfälle über ihre Konten ab. Neben Barein- und -auszahlungen, Scheckeinziehungen, Scheckeinzugsaufträgen u. ä. Dienstleistungen nehmen sie allein den Spargiroverkehr, den Überweisungsverkehr der Girokassen, jährlich mit über 114 Millionen Überweisungen in Anspruch. Ganz gewaltige Beträge werden durch den Überweisungsverkehr bewegt. So betrugen die Umsätze im Jahre 1934 53 Milliarden Reichsmark. Sie sind im Vergleich zum Jahre 1933, in dessen Verlauf 39 Milliarden Reichsmark überwiesen wurden, also sehr erheblich angewachsen.

Wie sich aus diesen Zahlen ergibt, ist der durchschnittliche Betrag einer Überweisung mit 289 RM verhältnismäßig niedrig; er bestätigt die schon erwähnte Tatsache, daß der Spargiroverkehr vorwiegend dem Geldverkehr des Mittelstandes dient, aus dem ja überhaupt sich der Großteil der Girokassenkundschaft zusammensetzt. Es gehört zu den alt überlieferten Grundsätzen der Girokassen, daß sie die Geldbeträge, die im örtlichen Einlagengeschäft, hier also durch Sammlung der Zahlungsverkehrsguthaben der mittelständischen Kundschaft, gesammelt werden, auch wieder im eigenen Heimatbezirk durch Ausleihung als Kredite fruchtbringend arbeiten lassen. Insgesamt haben die Girokassen zurzeit 1,1 Millionen Stück kurzfristige Betriebskredite im Gesamtbetrage von über 1800 Millionen Reichsmark ausgeliehen. Als Durchschnittsbetrag ergibt sich 1639 RM. Es zeigt sich also auch hier, daß die Girokassen, ebenso wie die Sparkassen, in ihrem Hypothekengeschäft bei den Ausleihungen grundsätzlich den Kleinkredit bevorzugen, um der mittelständischen Wirtschaft die erforderliche Kredithilfe zu gewähren.

Hält man sich vor Augen, welche Hilfe der Millionenschar der Kreditnehmer durch die Gewährung dieser billigen Kredite geleistet wird, so erkennt man, daß mit der Pflege des unbaren Zahlungsverkehrs nicht lediglich Vorteile für denjenigen, der bargeldlos zahlt, verbunden sind. Selbstverständlich wird es angenehm empfunden, wenn man bequem vom Schreibtisch durch Ausfertigung einer Spargirokarte seine Zahlungen leisten kann, anstatt Wege, Mühe und Anstellen am Schalter in Kauf nehmen zu müssen. Außer diesen Vorteilen für den Benutzer des Spargiroverkehrs seien noch erwähnt die Sicherheit, die Einfachheit, die Ausschaltung von Geldverlusten durch Diebstahl, Raub, Feuersbrunst und die Möglichkeit einer geordneten Kassenführung. Ebenso wichtig und vorteilhaft für die gesamte deutsche Volkswirtschaft ist es jedoch, daß die durch den Spargiroverkehr gesammelten Milliardenbeträge dem Kreditbedarf der örtlichen bodenständigen Wirtschaft nutzbar gemacht werden können. Gerade darin sieht die Girooorganisation eine der wichtigsten Aufgaben, die sie zu erfüllen hat.

Wenn die Olympischen Spiele beginnen, ist es zu spät. Dir ein Heft der Olympia-Reihe zu kaufen. Ueberall werden sie jetzt angeboten; je Heft 10 Rpf. Die Hefte werden noch einmal wertvoll.

Sämtliche
Rundfunk - Zeitungen
liefert zu Originalpreisen
Buchhandlung Herm. Rühle.

Größte Auswahl
vorgez. Tischdecken
verschiedener Größe in modernsten Mustern und Stoffen sehr preiswert zu haben im
Handarbeitsgeschäft W. Fuchs
Mühlstraße 15.

Einkoch - Cellophan
Unentbehrlich beim Früchte - Einmachen
Preis 20 Pfg.
H. Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Geschäfts- und Werbe-Drucksachen
für das heimische Handwerk
sind unsere Spezialitäten
Buchdruckerei Hermann Rühle.

Lest die Ottendorfer Zeitung

Letzte Nachrichten

Scharfer Einspruch in Madrid

Die deutsche Botschaft in Madrid hat bei der spanischen Regierung gegen die Zerstörung des Heims der Deutschen Arbeitsfront sowie der deutschen Schule in Barcelona energisch protestiert und die spanische Regierung für diese Plünderungen in vollstem Ausmaß verantwortlich gemacht und die entsprechenden Schadensersatzforderungen angemeldet.

Daraufhin hat der Staatssekretär im spanischen Außenministerium die deutsche Botschaft in Madrid aufgesucht und das aufrichtigste Bedauern der spanischen Regierung über die Ereignisse in Barcelona zum Ausdruck gebracht. Er versicherte, daß die Regierung alles tun werde, um ähnliche Vorkommnisse zukünftig auszuschließen.

Helft den Spaniendeutschen!

Der Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Gauleiter Bohle, hat im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers, dem Reichsminister des Innern und dem Reichsschatzmeister der NSDAP einen Hilfsfond für die geschädigten Spaniendeutschen ins Leben gerufen.

Gauleiter Bohle wendet sich mit folgendem Aufruf an die deutsche Oeffentlichkeit mit der Bitte, unseren deutschen Brüdern und Schwestern in Spanien zu helfen:

„Der Bürgerkrieg in Spanien hat Tausenden von deutschen Volksgenossen Hab und Gut genommen. Hunderte mußten aus Spanien unter Zurücklassung ihrer ganzen Habe flüchten und treffen täglich vollkomemn mittellos in der Heimat ein. Es ist Pflicht der Heimat, diesen geschädigten Volksgenossen in selbstverständlicher nationalsozialistischer Kameradschaft beizustehen und ihr Los nach Kräften zu erleichtern. Das Elend unter den Deutschen wird täglich größer und ergibt in seinen Auswirkungen bereits heute ein ganz erschütterndes Bild. Schon sind Opfer an Leben zu beklagen. Zahllose Existenzen, die in mühseliger, jahrelanger Arbeit aufgebaut würden, sind vollkommen vernichtet. Familien sind auseinandergerissen, und keiner weiß, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Tagen und Wochen noch gestalten werden. Die in Deutschland eintreffenden Flüchtlinge werden in fast allen Fällen nur das besitzen, was sie am Leibe tragen.

Hier ist die Unterstützung der ganzen Nation dringend erforderlich. Die wir das Glück haben, in einem Deutschland der Ordnung und des Friedens zu leben, dürfen und werden die deutschen Volksgenossen und die deutsche Jugend nicht vergessen, die außerhalb der Grenze leben und ihrer Heimat die Treue halten. Ich bitte, Spenden auf das Konto „Hilfsfond für die geschädigten Spaniendeutschen" bei der Berliner Stadtbank, Berlin, einzuzahlen. Das Wort von der nationalsozialistischen Schicksalsgemeinschaft, die alle Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen umfaßt, wird sich aus diesem traurigen Anlaß wieder bewahrheiten."

Die vom Führer zur Verfügung gestellten 50 000 RM sind als erste Einzahlung diesem Hilfsfond für die geschädigten Spaniendeutschen zugeleitet worden.

•

Aus einem Bericht der deutschen Botschaft ergibt sich, daß die Lage in Madrid sich am Sonntag beruhigt habe. Infolge des kräftigen Durchgreifens der Regierung haben die Schießereien aufgehört. Eine Kontrolle des Straßenverkehrs ist nur noch den von den Behörden bestimmten, meist mit regulärer Polizei besetzten Kraftwagen gestattet. Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger sind in den letzten Tagen in Madrid nur noch ganz vereinzelt vorgekommen. Fünf Deutsche befinden sich noch in Haft, ein Deutscher wird vermißt.

Im Gebäude der deutschen Botschaft und in der angrenzenden Kirche sind gegen 700 Personen, darunter zahlreiche Kinder, untergebracht, die vom Botschaftsrat Schwendemann, unterstützt vom Kreisleiter der Partei, dem Direktor der deutschen Schule und Mitgliedern der deutschen Kolonien betreut werden. Die Verpflegung der in der Botschaft Untergebrachten ist ebenso wie der Sanitätsdienst, der von zwei Aerzten wahrgenommen wird, sichergestellt. Durch die Vorstellungen der Botschaft konnte die Beschlagnahme der mehr als hundert in Madrid in deutschem Besitz befindlichen Kraftwagen bis auf drei Fälle verhindert werden. — Aus Malaga wird gemeldet, daß sich der größte Teil der dortigen deutschen Kolonie auf die deutschen Dampfer „Hero" und „Saturn" eingeschifft habe.

„Köln" und Torpedoboote entsandt

Der Kreuzer „Köln" und die aus drei Booten bestehende 2. Torpedobootsflotille sind zur Unterstützung der Panzerschiffe „Deutschland" und „Admiral Scheer" in die spanischen Gewässer entsandt worden.

Deutscher Kreisleiter gerettet

Die römische Presse berichtet eingehend über die Landung des ersten italienischen Flüchtlingsdampfers in Genua, mit dem auch mehrere hundert Deutsche in Sicherheit gebracht worden sind. Ausführlich wird auf Grund der Erzählungen der geretteten Flüchtlinge über die Schreckenstage von Barcelona berichtet, wobei auch das energische Eingreifen des italienischen Generalkonsuls Grossi erwähnt wird, dem es zu verdanken sei, daß Kreisleiter Hellermann von Barcelona der Hinrichtung durch die Kommunisten entging. Kreisleiter Hellermann habe italienischen Pressevertretern gegenüber diese Tatsache festgestellt.

Kampf bis zur Vernichtung

Wie aus Gibraltar gemeldet wird, ist in der Nähe von La Linea eine mehrere hundert Mann starke Truppenabteilung der spanischen Linksregierung völlig vernichtet worden. Von diesen Truppen soll niemand mit dem Leben davongekommen sei. Die Streitkräfte der Militärerhebung sollen bei dem Kampf sechzig Tote verloren haben.

In einem durch den Rundfunk verbreiteten Aufruf des Präsidenten der catalanischen Regierung in Barcelona werden die Marxisten aufgefordert, Handlungen zu unterlassen, die „die Revolution entehren". Die hinter der Regierung stehenden Organisationen müßten auf jeden Fall Exzesse vermeiden. Es sei notwendig, heißt es in dem Aufruf weiter, die Aufmerksamkeit auf jene Elemente zu richten, die sich unter die Anhänger der Linken mischten, um in deren Reihen Unzufriedenheit zu erwecken.

Eden zur Fünf-Mächte-Besprechung

Außenminister Eden bezeichnete in seiner Erklärung über die Außenpolitik die geplante Konferenz der fünf Mächte als den wichtigsten Fortschritt der internationalen Lage. Seit der Wiederbesetzung des Rheinlandes durch Deutschland sei es das aufrichtige Bestreben der britischen Regierung gewesen, Verhandlungen in Fluß zu bringen, um die Lage wiederherzustellen. Sie habe es für ihre Pflicht gehalten, aus einer Periode der Schwierigkeiten eine solche der Gelegenheiten zu schaffen, und in diesem Geist habe sie während der Londoner Konferenz im März ständig gehandelt. Die britische Regierung sei sich klar darüber gewesen, daß eine Konferenz nur eines Teiles der Locarnomächte eine beschränkte Tagesordnung im Vergleich zu der Fünfmächtekonferenz haben müsse, um ein positives Ergebnis zu haben. Dies sei notwendig gewesen, um Mißverständnisse zu vermeiden und damit dies klar als erster Schritt für eine darauf folgende Zusammenkunft aller Locarnomächte dienen könnte. Er glaube, feststellen zu können, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz zeige, wie vollständig das konstruktive Ziel, das die Mächte im Auge gehabt hätten, erreicht worden sei. Die ausgegebene Verlautbarung zeige, daß man nunmehr endgültig sich der Zukunft zugewandt habe und sich nicht auf die Vergangenheit beschränke. Er wünsche zu unterstreichen, daß diese Ansicht von allen Teilnehmern dieser Zusammenkunft geteilt worden sei, und er sei überzeugt, daß der Wunsch, ein neues Locarno herbeizuführen, und zu einer europäischen Regelung zu gelangen, von den französischen und den belgischen Ministern ebenso sehr empfunden werde wie von den Engländern.

Eden berührte die Unterrichtung der deutschen und der italienischen Regierung und erklärte, die britische Regierung sei sicher, daß jedes Mitglied des Hauses eine günstige Antwort der beiden Regierungen erhoffe. Wenn die Einladungen angenommen würden, würde eine Uebereinstimmung über das Ziel im allgemeinen herbeigeführt sein. Aber die Methoden, um es zu erreichen, würden noch viel Fleiß und viel Beratungen erfordern.

Zur Frage der Mittelmeerpakte übergehend erklärte Eden, daß der Zustand der Ungewißheit, während dessen Dauer die britischen Beistandszusagen weiter gültig sein sollten, nun beendet sei. Die italienische Regierung habe den Regierungen Jugoslawiens, Griechenlands und der Türkei eine Erklärung übermittelt, wonach Italien niemals irgendeinen Angriff gegen diese Länder wegen ihrer Sanktionspolitik beabsichtigt habe oder beabsichtige. Diese Mitteilung rechtfertige den Schluß, daß die Umstände, unter denen die britische Regierung es für möglich gehalten habe, jene Zusicherungen zu geben, nicht mehr fortbestünden. Er freue sich daher, feststellen zu können, daß nach Ansicht der britischen Regierung keine weitere Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der Beistandszusicherungen bestehe.

Der Außenminister gab seinem Bedauern über die Ereignisse in Spanien Ausdruck. Auf eine Zwischenfrage von Lloyd George erklärte Eden, es sei nicht richtig, daß er Vorstellungen bei der französischen Regierung wegen Waffenlieferungen an die spanische Regierung gemacht habe.

Zur etwaigen Uebergabe von Mandatsgebieten betonte Eden, daß diese Frage die Politik aller Mandatsmächte berühre. Die britische Regierung habe mit keiner von ihnen irgendeine diesbezügliche Beratung abgehalten. Soweit die britische Regierung in Frage komme, würde die Frage der Uebertragung eines Mandatsgebietes unvermeidlich große Schwierigkeiten moralischer, politischer und rechtlicher Natur hervorrufen, von denen die Regierung offen sagen müsse, daß sie nicht in der Lage gewesen sei, irgendeine Lösung für sie zu finden. Die britische Regierung hoffe aber, daß angesichts so vieler anderer bisher ungelöster internationaler Fragen, aber auch angesichts der neuen Gelegenheit, die ihr für ihre Lösung in den letzten Tagen geboten worden sei, nirgendwo zur Zeit der Wunsch bestehe, weitere schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen die Völker zu tragen.

Förderung des Walnußanbaues in Sachsen

Die Pflanzung von Walnußbäumen muß aus volkswirtschaftlichen Gründen gefördert werden. Den sächsischen Baumschulen fällt die Aufgabe zu, die erforderlichen Walnußbäume heranzuziehen und den Bauern und Landwirten als einwandfreie Pflanzware zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Da der Walnußbaum zur Zeit nur aus Samen herangezogen werden kann, brauchen die Baumschulen bodenständiges Saatgut von wertvollen Mutterbäumen. Darunter sind zu verstehen Bäume, die spät austreiben, einen geraden Stamm bilden, frosthart sind und gute Nüsse (groß, dünnschalig, wohlschmeckend) liefern. Die Beschaffung wertvollen Saatgutes bildet somit die Grundlage zur Förderung des Walnußanbaues an Sachsen.

Zur Beschaffung geeigneten Saatgutes wird deshalb die Landesbauernschaft im Herbst 1936 eine Walnußschau veranstalten; sie fordert hiermit die Besitzer von Walnußbäumen, die die vorgenannten Eigenschaften erfüllen, zur Beschickung auf. Der Zeitpunkt wird noch mitgeteilt werden. Einzusenden sind je Baum ein halbes Kilogramm Nüsse. Die Landesbauernschaft bittet schon jetzt um unverbindliche Anmeldungen. Einzelheiten gegen den Beteiligten sobald als möglich zu.

Die Vorteile des gesteigerten Raps- und Rübsenanbaues

Mehr Oel, eiweißreiches Futter, Milch und Butter

Eine der schwierigsten Aufgaben bei der Sicherung unserer Ernährung aus eigener Scholle bildet die Bereitstellung genügender Fettmengen. Hauptlieferer des Fettes sind Schweine und Rinder, die in Form von Schmalz, Butter und Talg etwa 50 v. H. unseres Bedarfes decken. Zur Schließung der Fettlücke ist es jedoch nötig, auch eine bedeutende Anbauflächensteigerung der ölliefernden Pflanzen vorzunehmen. Zwar ist es gelungen, die Anbaufläche der hauptsächlichsten ölliefernden Pflanzen, das sind Raps und Rübsen, von 1933 bis 1936 zu verzehnfachen, nämlich von 5100 Hektar auf 51 900 Hektar, und doch reicht diese Fläche immer noch nicht aus. Vor 60 Jahren betrug die deutsche Raps- und Rübsenanbaufläche 180 000 Hektar, d. h. diese Fläche würde bei den heutigen Durchschnittserträgen eine Oelmenge von etwa 110 000 Tonnen liefern, was schon einen ganz erheblichen Rückgang der Fetteinfuhr zur Folge hätte. Schließlich liefern diese Oelsaaten in ihren Rückständen, die auch wertvolle eiweißreiche Raps- und Rübsenkuchen, die an das Milchvieh verfüttert, wiederum zu einer Steigerung der Milcherzeugung und damit ebenfalls zur Vermehrung der Fetterzeugung in Form von Butter beitragen. Daraus ist zu erkennen, daß der erweiterte Anbau der Oelfrüchte nicht nur für die gesamte Volkswirtschaft von großer Bedeutung ist, sondern auch für die Futtermittelversorgung der Landwirtschaft wesentliche Vorteile bringt.